

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 159 (1993)
Heft: 7-8

Artikel: Europäische Sicherheit : eine Gemeinschaftsaufgabe
Autor: Wellershoff, Dieter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-62434>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 19.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Europäische Sicherheit – Eine Gemeinschaftsaufgabe

Einleitung und Vorschau

Sie haben mich eingeladen, zur schweizerischen Neutralität aus Sicht eines EG-Mitgliedstaates Stellung zu nehmen. Ich bin gerne hergekommen, um Ihnen meine Beurteilung vorzutragen. Ich spreche allerdings hier ausschliesslich über meine persönliche Ansicht. Ich bin mir der Delikatesse dieses Themas wohl bewusst. Ich konnte auf Einladung Ihres jetzigen Bundespräsidenten, Bundesrat Ogi, an einem Kaderseminar des EVED teilnehmen und eines von den Europa-Diskussionen aus erster Hand mitbekommen. Dabei wurde mir bewusst, dass in der Schweiz ein Prozess in Gang gekommen ist, in dessen Verlauf Beharrlichkeit und Geduld verlangt werden.

Ich masse mir auch nicht an, der Schweiz in ihre Angelegenheiten hereinzureden. Ich konzentriere mich auf die Beurteilung der sicherheitspolitischen Entwicklung Europas als Ganzes. Ich gebe Ihnen meine Sicht der Dinge und ihrer Entwicklung, und Sie entscheiden, ob die Schweiz sich ins Reduit zurückziehen kann oder mitwirken sollte.

In vier Thesen will ich die Lageveränderung ansprechen und ableiten, dass wir einen «Erweiterten Sicherheitsbegriff» brauchen. Danach will ich meine Auffassung von der Gemeinschaftsaufgabe «Sicherheit» mit einigen Gedanken über die Entwicklung des Völkerrechtes, des politischen Willens und seiner Instrumente, der Strukturen und Streitkräfte, vortragen.

Der «Erweiterte Sicherheitsbegriff»

Zitat aus dem Neuen Strategischen Konzept der NATO. Die Staats- und Regierungschefs stellten am 8. November 1991 in Rom fest:

«Jetzt können alle Konsequenzen aus der Tatsache gezogen werden, dass Sicherheit und Stabilität sowohl politi-



Admiral a.D. Dieter Wellershoff
Präsident der Bundesakademie
für Sicherheitspolitik, Bonn, BRD

sche, wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Elemente als auch die unverzichtbare Verteidigungsdimension einschliessen. Zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen, denen sich das Bündnis gegenüber sieht, ist ein breitangelegter sicherheitspolitischer Ansatz («the broad approach to security») erforderlich.»

Wir sprechen hier in deutsch von dem «Erweiterten Sicherheitsbegriff». Mancher argwöhnt nun, dieser Ansatz könnte der Trick sein, sich an harten machtpolitischen Tatsachen oder unbequemen Entscheidungen vorbeizumogeln. Sie werden sehen, dass ich nicht zu denen gehöre. Ich möchte in vier Thesen die objektiven Gründe und einige persönliche Gedanken zur notwendigen Horizonterweiterung anschliessen:

Die Raumdimension der Sicherheit

Geopolitische Räume verändern sich in kurzen Zeitspannen. Das gilt strategisch in bezug auf die Machtorientierung und geographisch in bezug auf die Staatenordnung. Landkarten gibt es im Sonderangebot. Das Ende der globalen Konfrontation scheint – besonders natürlich im Osten und Südosten Europas, aber nicht nur dort

– mit einer Renaissance des Denkens im Nahbereich und auf der Kurzstrecke aus je nationaler Sicht verbunden. Viele von uns machen sich Gedanken, ob in unserer Zeit der Trend zur isolationistischen, eigensüchtigen Betrachtung der Welt nicht über Gebühr verstärkt wird.

Dabei steigt die geographische Reichweite der Herausforderungen und Risiken immer noch, wie ich später noch nachweisen werde. Es geht dabei nicht nur um die Anteile an den materiellen Entwicklungen, sondern es besteht auch psychologisch die Gefahr der gefährlichen Vereinsamung und des Verlustes an Sicherheit und Geborgenheit. Sicherheit ist ja nicht nur ein objektiv sachliches Kriterium, sondern sehr weitgehend eine Sache der Wahrnehmung.

Nebenbei gesagt: Isolationismus des Individuums und der Staaten haben übrigens ihre Parallelen. Sie sind oft die Kapitulation vor der modernen, komplexen Welt. Auch religiöser Fundamentalismus – nicht nur im Islam, auch und ganz ausgeprägt in einigen christlichen Kreisen – ist ja meistens eine Reaktion auf die vermeintliche Inkompatibilität einer absoluten religiösen Zentrierung mit der technisch-wissenschaftlichen, westlichen Moderne.

Meine Folgerung ist: Genauso wie der individuelle Bürger auf die Solidarität im Volk angewiesen ist, wenn er in Freiheit, Rechtsfrieden und Wohlfahrt leben will, kann der einzelne Nationalstaat eine glückliche Zukunft nur dann finden, wenn er sich in die Völkergemeinschaft einbindet. In beiden Fällen werden nicht nur irgendwelche materielle Beiträge verlangt. Man muss sich einbringen, man muss sich um der Sicherheit in Gemeinschaft willen im eigenen Interesse für die Opfer engagieren. Man muss sich auch einmischen, um Einfluss zu haben.

Die Zeitdimension der Sicherheit

Es wird in diesen Tagen oft gesagt: «Wir erleben den Beginn einer neuen

Epoche der Weltgeschichte.» Unsere Zeit wird geprägt vom totalen und unwiderruflichen Zusammenbruch der Weltideologie des Kommunismus. Dieses ist für die freiheitliche Demokratie zwar ein Grund zur Freude, aber auch Anlass, uns gerade jetzt der Grundlagen und Ziele unserer Vorstellungen von Schutz und der Achtung der Menschenwürde und unserer Interessen neu bewusst zu werden.

Geschichtliche Prozesse laufen mit hoher Geschwindigkeit ab. Früher dauerte der Zerfall von Weltreichen unter Umständen 100, mindestens jedoch mehrere Jahre. Wir erlebten die Auflösung der Sowjetunion in Monaten. *Hermann Lübbe* spricht von der «Gegenwartsschrumpfung».

Werden wir aber dieser Herausforderung unserer Tage gerecht? Es gilt, den Vorrang der Strategie vor der Taktik wiederzugewinnen. Die Grundsatzdiskussion droht in den Hintergrund mindestens des öffentlichen Bewusstseins zu treten.

Wie viele Mitbürger, frage ich Sie, überschauen die Entwicklung der europäischen Sicherheit in all ihren Facetten und mit all ihren Gremien noch? Wer erklärt den Menschen das Neue Strategische Konzept der NATO, die KSZE mit allen ihren sich entwickelnden Funktionen? Viele Menschen haben ja noch nicht einmal die Existenz dieser Entwicklungen zur Kenntnis genommen, geschweige denn ihren Inhalt. Wer hat Zeit zum Lesen und zum Nachdenken? Wie oft leben wir von der Hand in den Mund? Nicht nur der räumliche, auch der zeitliche Horizont muss aufgerissen werden.

Dabei ist zielsicheres, schnelles Handeln heute besonders gefordert. Die Geschichte wird uns nämlich nicht viel Zeit geben, unsere gerade jetzt besonders grosse Gestaltungsmöglichkeit einer unseren Interessen und Zielen entsprechenden Ordnung zu nutzen. Die Entwicklung auf dem Balkan oder in Zentralasien, in jüngster Zeit auch besonders in Russland, sind gute Beispiele für ein gefährlich enges Zeitfenster zur Gestaltung der Zukunft. Hier liegt scheinbar ein Widerspruch: auf der einen Seite die Forderung nach mehr Zeit zur Reflexion, andererseits der Hinweis auf die Notwendigkeit und zeitgerechter Gestaltung. Deshalb ist hier noch folgender Hinweis nötig:

Das zukünftige System der internationalen Sicherheit entsteht nämlich nicht nach einer Blaupause der Zukunft, sondern in einem vielgestaltigen

Prozess, der ständig nach den Vorgaben langfristiger Zielvorstellungen und durchdachter Kriterien nachgesteuert werden muss. Ein Prozess, der keine vorplanbaren Szenarien oder operativen Schubladen-Antworten kennt. Hierfür ist auch die politische Prognosefähigkeit nicht hinreichend, wie die Entwicklungen der letzten drei Jahre jedermann vor Augen geführt haben. Deshalb sind grundsätzliche Kursbestimmungen heute wichtiger denn je. **Die Besinnung auf das Grundsätzliche hilft dabei letztendlich mehr als hektischer Aktionismus.**

Immer mehr Mitwirkende und Gremien

Der dritte Faktor, der den breiteren Ansatz in der Sicherheitspolitik begründet, ist die Vermehrung der Zahl der beteiligten Staaten und Organisationen. Die KSZE z.B. wuchs innerhalb von zwei Jahren von 35 (nach der deutschen Einigung vorübergehend nur 34) Staaten auf 53 (Stichtag 1. Januar 1993) Mitgliedstaaten. Diese Staaten repräsentieren auch sehr viel mehr und differenziertere Meinungen als in den Zeiten der disziplinierten Blöcke. Ganz zu schweigen von der wundersamen Gremienvermehrung

Das zukünftige System der internationalen Sicherheit entsteht nämlich nicht nach einer Blaupause der Zukunft, sondern in einem vielgestaltigen Prozess, der ständig nach den Vorgaben langfristiger Zielvorstellungen und durchdachter Kriterien nachgesteuert werden muss.

im gesamteuropäischen Kontext. Es vergeht kaum ein politisches Gipfeltreffen ohne die Gründung neuer Räte, Ausschüsse oder Foren. Die Vielfalt der Partner und Gremien ist eine besondere Herausforderung für die Politik, die Diplomatie, die Militärpolitik aber auch die Wirtschaft. Es gibt auch immer mehr Nicht-Regierungsorganisationen von sicherheitspolitischer Relevanz. Das Zusammenspiel von Bündnissen, Staaten, grenzübergreifenden privaten Organisationen (z.B. im humanitären oder Entwicklungsbereich) und der international tätigen Wirtschaft erfordert ein neues Verständnis von und neue Methoden zur Zusammenarbeit.

Die Vielfalt der Herausforderung

Vor allem aber ist viertens Sicherheitspolitik heute mehr denn je weit mehr als die Addition von Aussen- und Verteidigungspolitik. Die Vielfalt der Politikfelder, die gefordert sind, zeigt sich vielleicht am besten in einer kurzen Betrachtung der Konfliktkategorien und -räume in der internationalen Politik. Ich gehe dabei von einer stark vereinfachten Definition von Sicherheitspolitik aus. Ihr Gegenstand sind alle Entwicklungen und Ereignisse in den internationalen Beziehungen, die die Gefahr der Einmischung von Machtmitteln eintreten lassen oder in sich tragen.

Ich verzichte hier aus Zeitgründen auf eine umfangreiche Gefahrenbetrachtung, früher sagten wir Bedrohungsanalyse. Ich erwähne nur kurz die vier Hauptkategorien von Konfliktursachen:

a. Territoriale und Grenzkonflikte, die sich aus historisch ungelösten Fragen, aus Expansionismus, Hegemoniestreben und Imperialismus ergeben können. Die vielen Grenzfragen auf den Territorien der ehemaligen Sowjetunion und von Ex-Jugoslawien sind beredte Beispiele. Im Bereich der GUS sollen von den 23 Grenzen 20 umstritten sein. *Uwe Halbach*, einer der wenigen deutschen Zentralasien-Experten, berichtet von über 100 ethno-territorialen Konfliktherden.

b. Die zweite Kategorie beschreibt den offensichtlichen Konflikt zwischen dem Selbstbestimmungsrecht und -wunsch der Völker und der Souveränität bestehender Nationalstaaten. Beide haben ihren Bezugspunkt im internationalen Recht. Zwei nicht nur rhetorische Fragen sind ungelöst:

■ Wie klein darf eine Minderheit sein, um erfolgreich nach staatlicher Selbstbestimmung zu rufen? (Abchasien, Ossetien und, etc.), oder:

■ Ist die Völkergemeinschaft berechtigt, bei gravierenden Menschenrechtsverletzungen in die sogenannten «inneren Angelegenheiten» einzugreifen?

Die «internationale Agenda» sieht den Minderheitenschutz ganz oben auf der Liste. Hierin liegt der Schlüssel zur Vermeidung einer exzessiven Fragmentierung der Staatenwelt.

c. Die dritte Kategorie: Wirtschaftliche und soziale Probleme in grenzübergreifender Dimension als Folge des Bankrottes des Kommunismus, der Überbevölkerung und Armut haben sicherheitspolitische Bedeutung. Auch grenzübergreifende Umweltprobleme und der Kampf um Ressourcen wie Rohstoffe, Energie,

saubere Luft und Wasser sind in dieser Kategorie zu sehen. Konflikte dieser Art verlangen selbstverständlich zunächst nach wirtschaftlichen Antworten, sie können jedoch, wie jüngste Beispiele zeigen, leicht in Gewaltanwendung und Flüchtlingsströme umschlagen. Die Streitkräfte sind jedoch unter Umständen auch als besonders effektives Mittel für umfassende Hilfsoperationen im Sinne der Krisenprävention gefordert.

d. Das internationale, organisierte Verbrechen nimmt immer grössere Dimensionen an. Terrorismus, illegaler Waffenhandel, Schmuggel, Drogenhandel und auch wieder Piraterie auf See haben den Charakter individueller Kriminalität überschritten. Gesamtstaatliches Handeln ist gefordert. Auch für die innere Sicherheit gilt der erweiterte Sicherheitsbegriff. Die Überschneidungen zwischen innerer, sozialer und äusserer Sicherheit liegen klar auf der Hand.

Noch zwei grundsätzliche Bemerkungen zu den Risiken und Gefahren:

1. Das Hauptproblem Europas ist der wachsende Nationalismus. Die Rolle des Nationalstaates und seine Definition scheint im Zentrum der Konfliktbetrachtungen stehen zu müssen. Die Auflösung von Föderationen und der gleichzeitige Versuch, eine solche im freien Europa auf die Beine zu stellen, Grenzstreitigkeiten, die Definition von Staatsvolk bzw. Minderheiten rufen allerorten neue nationalistische Strömungen hervor. Aus westeuropäischer, besonders deutscher Perspektive sind wir mit solchen Entwicklungen sicher besonders kritisch. Wir dürfen dabei allerdings nicht vergessen, dass in den neuen oder wiedererstandenen Staaten des früheren Warschauer Paktes die nationale Komponente der Hauptträger des Zusammenhaltes in kritischer Zeit und Symbol des Widerstandes gegen die Hegemonialmacht war.

2. Neue Risiken für die Freiheit werden sichtbar. Die grösste Herausforderung der Zukunft liegt in dem, wie ich es nenne, globalen Spezialproblem, dem grösser, nicht kleiner, werdenden Wohlstandsgefälle, der Bevölkerungsexplosion, den Herausforderungen des GATT und der Umweltfragen. Und hier muss das Thema der Proliferation moderner Waffentechnologie, vor allem der Nuklear- und chemischen Waffen und deren Träger raketen ebenfalls eingeführt werden. Auch die konventionelle Hochrüstung verläuft in manchen Ländern ungebremst.

Natürlich hat jeder Staat das Recht, ja gegenüber seinen Bürgern sogar die

Pflicht, zur Verteidigung. Leider jedoch sind auch eine Reihe von bettelarmen Ländern nicht davon abzubringen, über dieses Erfordernis hinaus aus Prestige- oder Hegemoniestreben exzessiv zu rüsten. Die Betrachtung der Herausforderungen und Gefahren, besonders auch das globale Sozialproblem, kombiniert mit der immer weiteren Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und deren Trägermittel führt zu sehr weitreichenden Schlussfolgerungen: **Jeder ist gefährdet, niemand findet Sicherheit für sich alleine und es geht uns alle an, unsere vitalen Interessen sind berührt.**

Meine Erfahrung in Zeiten, in denen es hoch herging, ist, dass die Besinnung auf das Grundsätzliche im Vordergrund stehen muss. Konstante und Variable sorgfältig zu prüfen, ist wichtiger als hektischer Aktionismus.

Die Herausforderungen unserer Zeit finden das internationale System im wesentlichen unvorbereitet. Viel «neues Denken» ist nötig. Diese neuen Strukturen zur Findung und Umsetzung eines gemeinsamen politischen Willens sind noch «in statu nascendi» und doch schon gefordert.

Das kommt in den schwachen Handlungsoptionen der europäischen Politik im Falle Ex-Jugoslawiens und auch bei den Koordinationsproblemen für die Hilfe für den Osten zum Ausdruck. Die vielschichtigen und polypolaren Probleme der neuen Lage sind eine ungleich grössere Herausforderung als «die gute alte Bipolarität».

Auch die Restrukturierung der Streitkräfte in fast allen europäischen und nordamerikanischen Staaten ist eine gewaltige Aufgabe. Es muss in vielen Fällen gleichzeitig reduziert, reformiert und umstationiert werden. **Die Friedensdividende wird ungeduldig und zu früh verlangt.** Die Neuorientierung vor allem der Krisenreaktionskräfte braucht Zeit und Geld. Auch in dieser Beziehung ist die Ungeduld eines der grössten Probleme. Viele vergessen, dass die Risiken unserer Zeit zwar ihren Charakter und ihre Wahrscheinlichkeit grundsätzlich verändert haben, dass die Welt aber nach wie vor voller Gefahren ist. Man sollte auch gelegentlich noch an eine Erfahrung der jüngsten Vergangenheit erin-

nern: Es kann sehr schnell ganz anders kommen. Unstetige politische Entwicklungen sind nachgewiesenermassen möglich. Unsere Vorschlagsfähigkeit hat sich als miserabel erwiesen.

Zusammenfassend lautet die Diagnose:

1. Der räumliche Horizont unserer Sicherheitspolitik muss aufgerissen werden. Die Welt ist auch sicherheitspolitisch kleiner geworden.

2. Auch in bezug auf die Zeitfaktoren gilt es, der Strategie den Vorrang vor der tagespolitischen Taktik zu geben.

3. Die Fähigkeit zur Bewältigung der Komplexität der internationalen Zusammenarbeit mit einer erheblich gestiegenen Anzahl von Partnern ist besonders herausgefordert und deshalb ist letztlich internationales, ressortübergreifendes und interdisziplinäres Handeln mehr denn je gefragt. Hier ist nicht die Zeit zu einer ins einzelne gehenden Beschreibung der Therapie, zumal ich auch gestehen muss, dass die sicherheitspolitische Lage unserer Tage sich Patentrezepten verschliesst.

4. Der gebotene Pragmatismus verlangt aber klare Zielbestimmung, soll er nicht zum Sich-Durchwursteln degenerieren. Wir haben hier den glücklichen Umstand zu verzeichnen, dass die Charta von Paris hier eine einheitliche und klare gemeinsame Zielbestimmung enthält, die Bundesrat Koller am 21.11.1990 für die Schweizer Konföderation unterschrieben hat.

Wege und Mittel

In meinem letzten Kapitel komme ich nun auf die Wege und Mittel zu sprechen, die die Staaten brauchen, um ihr Zusammenleben zu organisieren, um die «friedliche Koexistenz», allerdings in einem neuen Verständnis, zu gewährleisten.

1. Wir brauchen ein Völkerrecht, das Freiheit garantiert. Freiheit in diesem internationalen Sinne bedeutet den Schutz der Menschenrechte einschliesslich der Rechte der Minderheiten, Selbstbestimmung der Menschen und ihrer souveränen Staaten sowie die wirtschaftlichen Freiheiten, die national und international nur durch soziale und ökologische Verpflichtungen eingeschränkt werden dürfen.

Eine der schwierigsten Fragen ist dabei die Abwägung zwischen der Souveränität und dem darauf beru-

henden Gebot der Nichteinmischung in «innere Angelegenheiten» auf der einen Seite und dem berechtigten Interesse der Staatengemeinschaft als Ganzes, die in den Einzelstaat hineinreichen. **Keiner lebt für sich allein, alle sind gefährdet.** Beispiele:

– Es kann uns, d. h. weder den EG-Staaten noch der Schweiz nicht gleichgültig sein, wenn nukleare oder chemische Waffen zum Spielzeug der Despoten werden, zumal heutzutage auch noch die weitreichenden Träger-raketen dazu verfügbar werden.

– Es lässt uns nicht kalt, wenn ethnische oder andere Minderheiten ausgerottet oder brutal vertrieben werden.

– Und wir dürfen nicht wegsehen, wenn kleine Staaten von ihrem grossen Nachbarn angegriffen und annektiert werden.

Es gibt den vielbesungenen Trend zur «Weltinnenpolitik». Wohlgermerkt, es handelt sich um einen Trend; das Ziel ist noch lange nicht erreicht. Am Anfang jedenfalls muss die Verständigung auf einen gemeinsamen Verhaltenskodex stehen. Da eine global rechtsverbindliche Lösung sicherlich angesichts des Zustandes der Vereinten Nationen erheblich lange dauern wird, sollte man den regionalen Ansatz mit der KSZE, sozusagen als Vorreiter für den Rest der Welt, zunächst konsequent weitergehen. Schon heute haben ja die «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» und die «Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte» einen unterschiedlich verbindlichen Rechtscharakter. Am Anfang stehen also nach meiner Meinung die in Recht umgesetzten Ziele und Interessen der Menschen und ihrer Staaten.

2. Entscheidend aber ist letztendlich der politische Wille, mit dem unsere Sache gemeinsam und entschlossen verfolgt wird. Der politische Wille kann nicht durch Aktionismus, militärische Streitkräfte oder auch Strukturen ersetzt werden. Das deutsch-französische Euro-Korps, das vor kurzem alle Gazetten beschäftigte, kann eine gemeinsame Sicherheitspolitik nicht ersetzen. **Andererseits ist auch der Hinweis nötig, dass die stärkste politische Entschlossenheit nicht eine einzige Kompanie ersetzen kann. Man braucht also beides: Tatkraft und Instrumente.**

Was sind nun die zweckmässigen Strukturen zur Herstellung des gemeinsamen Verständnisses, zur Herbeiführung der notwendigen Entscheidungen und zum gemeinsamen Einsatz der Ressourcen? Ich werde jetzt nicht in den Fehler der «Strukturalismus» verfallen. Darunter versteht man

den Ehrgeiz der Analytiker, alle Welt in Kästchen einzuteilen oder wie im Englischen: in eine «Apple-Pie-Order» zu bringen. Ich werde nur kurz zwei Typen von internationalen Organisationen beschreiben, die sich auch überlappen können.

Die erste wäre die rechtsetzende und rechtssprechende Gemeinschaft aller Staaten global oder regional. An erster Stelle stehen hier die Vereinten Nationen. Die KSZE könnte, wie sie es wünscht und wie die Charta der UN es in Kapitel VIII vorsieht, zum regionalen Organ werden. Die institutionellen Vorkehrungen dafür sind noch nicht abgeschlossen. Vor allem aber zeigt sich noch nicht immer die notwendige Entschlossenheit zum Handeln. Aber die Helsinki-Schlussakte, die Charta von Paris und das Schlussdokument der Helsinki-Folgekonferenz bieten eine gute Ausgangsbasis für zielgerechte Weiterentwicklung. Die Rechtfertigung zum Einsatz militärischer Mittel in den internationalen Beziehungen beruht in jedem Fall ausschliesslich auf der Charta der Vereinten Nationen. Sei es in Artikel 51, dem individuellen oder kollektiven Recht auf Selbstverteidigung oder im Sanktionsrecht des Weltsicherheitsrates oder der regionalen Abmachungen. Ein Gewaltmonopol der UNO, von dem in Deutschland in letzter Zeit so viel geredet wird, gibt es insofern nicht. Es handelt sich allerdings um das Rechtsmonopol der UN-Charta

Früher dauerte der Zerfall von Weltreichen unter Umständen 100, mindestens jedoch mehrere Jahre. Wir erlebten die Auflösung der Sowjetunion in Monaten.

einschliesslich ihres Kapitels VIII, in dem regionales Handeln unter bestimmten Bedingungen geradezu ermutigt wird. Nein, die UNO entlässt die nationale Politik nicht aus ihrer Verantwortung.

Die zweite Gruppe von internationalen Organisationen oder Bündnissen umfasst ausführende Organe zur Durchführung von Zielen der Staaten. Hier sind vielerlei Konstellationen denkbar, vom bilateralen bis zum globalen Ansatz. In Europa sehe ich in diesem Zusammenhang vor allem die NATO und eines Tages die EG. Beide haben zentrale Funktionen für eine friedliche Zukunft mit einer neuen Stabilität der Zusammenarbeit. Dabei

ist es wichtig, dass beide Organisationen sich selbst als offen und kooperationsbereit empfinden. Dabei ist in einem schrittweisen Prozess der Assoziierung und des Beitritts neuer Mitglieder Geduld und Augenmass notwendig. Man muss meiner Meinung nach darauf achten, den Erfolg von NATO und EG nicht zu verwässern, aber auch vermeiden, Staaten unseres Kulturkreises quasi sicherheitspolitisch heimatlos werden zu lassen. Ich denke hier nicht nur an die N+N-Staaten sondern besonders auch an die östlichen Nachbarn Deutschlands. NATO und EG müssen das Stabilitätszentrum bleiben, um welches wir das «eine und freie Europa» Schritt für Schritt und irreversibel bauen.

Auf diesem Wege sehe ich ein besonderes Problem darin, eine tragfähige Verbindung zwischen NATO und EG herzustellen. Eine der Kernaufgaben der NATO ist es, eine feste Verbindung zwischen der Sicherheit Nordamerikas und Europas herzustellen. Diese transatlantische Verbindung war nicht nur in der Vergangenheit für beide Seiten unverzichtbar, sie wird auch in Zukunft im Interesse aller Beteiligten, einschliesslich der europäischen Nichtmitglieder, auch der Schweiz, sein.

Wir dürfen auch nicht zulassen, dass unsere Bemühungen um eine eindeutige europäische Sicherheitspolitik als antiamerikanisch missinterpretiert werden. In jedem Fall muss klarer definiert werden, was im Zusammenhang mit der Europäischen Union als gemeinsame Sicherheitspolitik möglich und zu erwarten ist. Dieses ist eine sehr schwierige Aufgabe, die m. E. auch mehr Zeit braucht als manche Politiker uns heute sagen. Man muss nur einmal die ganz unterschiedlichen Mitgliedschaften der jetzigen und zukünftigen EG-Mitglieder, aber auch der europäischen NATO-Mitglieder betrachten. Mein Rat in diesem Zusammenhang ist jedenfalls, die NATO gut zu pflegen, denn es gibt keine klar erkennbare Alternative. Die europäischen Bemühungen müssen zu einer Stärkung der NATO führen, nicht zu ihrer Schwächung. Ich bin ein grosser Anhänger von der Subsidiarität, von der heute alle reden. Im Sicherheitszusammenhang allerdings vertraue ich auf «Inverse Subsidiarität», was bedeuten soll, dass die WEU alles das übernimmt, was die NATO nicht tun kann oder nicht tun will. Wir sollten uns nicht in Scheinalternati-

ven hineinreden lassen. Man kann guter Europäer und guter Atlantiker sein. Ja, ich behaupte, ein guter Europäer muss ein guter Atlantiker sein!

Eine letzte Bemerkung zu politischen Grundentscheidungen: Wir müssen darauf achten, nicht zu eurozentrisch zu werden. An Europas Grenzen und in der ganzen Dritten Welt gibt es viel brennbares Material. Ich sehe die grosse Gefahr der Ablösung der Ost-West-Konfrontation durch eine Süd-Nord-Konfrontation; besser gesagt durch eine Reich-Arm-Gegenüberstellung. Ich empfehle für deren Bewältigung einen Blick auf das europäische Instrumentarium: Harmel-Strategie, KSZE, vertrauensbildende Massnahmen, Dialog und Zusammenarbeit.

3. Nun zu den Mitteln, mit denen der politische Wille das Recht schützen, wahren und durchsetzen kann: Am Anfang stehen dabei funktionierende Organisationen, Mittel und Einrichtungen für die Lagebeurteilung, die Konsultation, Kooperation, die Entscheidungsfindung und -führung. (Diese national bereit zu haben, ist eine schiere Selbstverständlichkeit.) Ich möchte ein paar Bemerkungen zu den internationalen Gremien und Mitteln machen. Deren Aufgabe muss ja zunächst in der Krisenprävention gesehen werden. In letzter Zeit vermehren sich die Foren und Räte, die Arbeitsausschüsse und Sonderkonferenzen. Ich frage mich ernsthaft, bei wievielen Menschen noch die Übersicht im erforderlichen Umfang vorhanden ist. Welches Gremium macht eigentlich was? Verstärkt wird die Problematik noch dadurch, dass immer mehr Politikfelder in die Sicherheitspolitik einbezogen werden. Ich finde, man sollte sich im Grundsatz auf UN, KSZE, NATO und EG konzentrieren. Andere Beziehungen wie WEU- oder NATO-Kooperationsrat haben wichtige, aber im Grundsatz nur zeitweilige, ergänzende oder Spezialfunktionen.

Nun zu dem nach wie vor wichtigsten Instrument der Sicherheit, den Streitkräften. Flexibilität und Beweglichkeit relativ kleiner Präsenz- und Eingreifkräfte stehen dabei an der Spitze. Einsätze im Sinne von Polizei der «Weltinnenpolitik» oder zur Verteidigung bei begrenzten Konflikten stehen an erster Stelle. Dazu ist eine bündnisgrenzenüberschreitende Mindest-Interoperabilität erforderlich.

Man kann auch in Zukunft einen grösseren Krieg nicht hundertprozentig ausschliessen. Deshalb ist auch

weiterhin die Fähigkeit zur «Rekonstruktion» einer umfassenden Landesverteidigung wichtig. Man kann aber mit Sicherheit hierfür längere Vorwarnzeiten zugrunde legen. Grundsätzlich gibt es drei Kernaufgaben für die Streitkräfte:

a. Die Kernaufgabe der Verteidigung des Vaterlandes oder des Bündnisses nach Artikel 51 UN-Charta bleibt unverändert, auch wenn die Wahrscheinlichkeit des Eintritts des Falls der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung zur Zeit gering ist.

Viele vergessen, dass die Risiken unserer Zeit zwar ihren Charakter und ihre Wahrscheinlichkeit grundsätzlich verändert haben, dass die Welt aber nach wie vor voller Gefahren ist.

b. An zweiter Stelle stehen Einsätze im Dienste des Rechtes und des Friedens unter dem Kommando oder Mandat der Völkergemeinschaft oder ihrer Regionalorganisation. Vorzugsweise sollen dieses friedenswahrende, notfalls aber auch friedensschaffende Einsätze sein.

c. Streitkräfte, die für diese beiden Kernaufgaben bereitgestellt werden, können sich auch bei der Prävention von Krisen im Sinne von Zusammenarbeit, Vertrauensbildung und im humanitären Einsatz bewähren.

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich eindeutig für einen internationalen und im Bündnis multilateralen Ansatz ihrer Sicherheitspolitik entschlossen. Deshalb sind wir entschiedene Gegner einer Re-Nationalisierung der Sicherheitspolitik und überzeugte Anwälte einer tiefen Integration im NATO-Bündnis. Dieser Ansatz ist angesichts der Lageentwicklung geboten, sinnvoll und im übrigen beruhigend für alle, die ein starkes Deutschland angeblich oder wirklich fürchten.

Zusammenfassung

Die Wiedergewinnung der Stabilität nach der Revolution, die die frühere Stabilität der Teilung und Unterdrückung hinweggefegt hat, erfordert drei Grundelemente, nämlich die evo-

lutionär zu entwickelnde neue internationale Ordnung der Herrschaft von Menschenrechten, Demokratie und sozialer Marktwirtschaft, in Europa. Diese sollte auf drei Pfeiler ruhen:

- auf gemeinsamen Regeln, Normen und einem weiterentwickelten Völkerrecht,
- auf dem politischen Willen, dieses Recht auch anzuwenden und zu schützen und
- den militärischen und anderen Mitteln, um diese internationale Ordnung zu bewahren und das Recht – wenn erforderlich unter Einsatz von legitimer Gewalt – auch durchzusetzen.

Schlussfolgerungen

Wofür statt wogegen

Die erste und wichtigste Schlussfolgerung lautet: Unser Bemühen um Sicherheit ist Ausdruck unseres berechtigten Wunsches, all das zu erhalten, wofür wir sind. Hier können wir viel von der Schweiz lernen. Unsere Werteordnung, Staatsform und unser Wirtschaftssystem haben sich gerade in unseren Tagen als so attraktiv erwiesen, dass es richtig und sinnvoll ist, sie an die Spitze der «Wofür»-Überlegungen zu stellen. Feindbilder hatten wir nicht und brauchen wir nicht, wohl aber sind wir zu nüchterner Risikobewertung verpflichtet.

Ich möchte an dieser Stelle ausnahmsweise eine Lektüreempfehlung geben: Divisionär Dr. *Gustav Däniker*, früherer Stabschef Operative Schulung, hat in seinem jüngsten Buch «Wende Golfkrieg. Vom Wesen und Gebrauch künftiger Streitkräfte» bemerkenswerte Ausführungen zum Auftrag der Soldaten gemacht. «Schützen, Retten, Helfen!» heisst seine Devise. Dieser Kurzfassung schliesse ich mich an.

Der erweiterte Sicherheitsbegriff

Eine weitere Schlussfolgerung führt zu einem erweiterten Sicherheitsbegriff. Sicherheit bedeutet nicht nur die Integrität des Territoriums des Staates oder des Bündnisses zu bewahren, sondern weitergehend Werte und Ordnungen, die den Bürgern unverzichtbar sind, unbeschädigt in die Zukunft zu bringen. Eine so weit verstandene Sicherheit ist nur in einer vernetzten Nutzung aller Politikbereiche auf Dauer zu erreichen. Streitkräfte sind zwar bei weitem nicht der

einzig, aber ein wichtiger Teil des politischen Instrumentariums hierbei. Die Schweiz gibt in dieser Beziehung der Welt ein Beispiel. Sicherheit als gesamtstaatliche Aufgabe aller Bürger ist ihre Tradition.

Die Vernetzung der Sicherheitsinteressen

Die Erkenntnis, dass Sicherheit nur in der Solidarität des Westens, in guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit den anderen Staaten Europas und mit Blick über Europa hinaus zu erzielen sein wird, ist ein weiteres wichtiges Ergebnis unserer Betrachtungen.

Der Weg von der Konfrontation über den Dialog zur Kooperation, unter besonderen Voraussetzungen zur Integration, muss stetig weiter gegangen werden. Auch hier leisten Streit-

kräfte wichtige Beiträge zum Wandel. Nach dem Willen von NATO und EG soll es keine Re-Nationalisierung der Sicherheitspolitik geben. Unsere Sicherheit in Europa liegt in der Vernetzung der Interessen, es gibt sie nur gemeinsam, auch für die Schweiz.

Grundsatztreue und Flexibilität

Unsere Zeit der revolutionären Veränderungen in Europa und darüber hinaus sowie die schwierige Aufgabe einer zielgerichteten Evolution unter unsicheren Rahmenbedingungen verlangt die Tugend, das rechte Mass zu finden, das Grundsatztreue und Flexibilität miteinander verbindet. Meine Erfahrung in Zeiten, in denen es hoch herging, ist, dass die Besinnung auf das Grundsätzliche im Vordergrund stehen muss. Konstante

und Variable sorgfältig zu prüfen, ist wichtiger als hektischer Aktionismus.

Freiheit, Recht und Wohlfahrt in der Gemeinschaft freier Völker vertreten, sind die Voraussetzungen für den Frieden, den wir alle wollen. Diese Reihenfolge ist die entscheidende politische Lehre der letzten Jahrzehnte. Wenn Freiheit und Recht sowie die Solidarität der Demokratien das oberste Ziel sind, dann kommen auch Einheit und Frieden. Was wir Deutsche für unser Vaterland erreicht haben, wünschen wir uns für das ganze Europa und darüber hinaus.

Ich konnte die Lage und ihre Entwicklung aus meiner Sicht beurteilen und vortragen. Dafür danke ich Ihnen. Die allfälligen Fragen nach der Rolle Ihres Landes in der Staatengemeinschaft müssen Sie selbst beantworten.